

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	23
A. Einführung .....	23
B. Problemstellung .....	24
I. Informationsbedürfnis .....	24
1. Beurteilung der Erfolgsaussichten und Prozesskostenrisiko .....	24
2. Erfordernis eines bestimmten Klageantrags .....	24
3. Substantiierung der Verletzungshandlung .....	25
4. Erfordernis eines bestimmten Beweisantrags .....	29
5. Zusammenfassung .....	29
II. Informationsdefizit und seine Folgen .....	30
1. Die Sphären-Problematik .....	30
2. Schlussfolgerungen .....	33
C. Überblick über die Systematik der Informationsbeschaffung im bisherigen deutschen Recht .....	35
D. Aufgabenstellung und Beschränkung des Untersuchungsgegenstandes .....	41
E. Gang der Arbeit .....	44
F. Interessenlage .....	45
I. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse .....	46
II. Strafrechtliches Verbot der Selbstbezeichnung .....	47
III. Interessenabwägung .....	48

*I. Teil*

<b>Die Informationsbeschaffung auf dem Gebiet des geistigen Eigentums nach dem bisherigen deutschen Recht</b>	51
1. Abschnitt	
<b>Materielle Ansprüche</b>	51
A. Der Besichtigungsanspruch nach § 809 BGB	51
I. Einführung	51
1. Überblick	52
II. Voraussetzungen des Anspruchs	54
1. Hauptanspruch in Ansehung der Sache	54
a) Bestehen eines Hauptanspruchs „in Ansehung der Sache“	54
b) Sache	58
c) „Sich-Gewissheit-Verschaffen-Wollen“ über das Bestehen des Hauptanspruchs	60
(1) Allgemeines	60
(2) „Druckbalken“-Verfahren: Erhebliche Wahrscheinlichkeit	61
(3) Literaturstimmen	62
(4) Stellungnahme	64
(5) Entscheidung „Faxkarte“: Gewisse Wahrscheinlichkeit und Interessenabwägung	65
(a) Gewisse Wahrscheinlichkeit	65
(b) Interessenabwägung	68
(6) Stellungnahme	69
(a) Übertragbarkeit der Entscheidung „Faxkarte“	69
(b) Bewertung	70
2. Anspruchsgegner	72
3. Informationsinteresse	73
4. Der modifizierende Einfluss des § 242 BGB: Einzelfallbezogene Interessenabwägung	75
a) Entgegenstehende Interessen und deren Schutzwürdigkeit	76
b) Glaubhaftmachung der entgegenstehenden Interessen	76
c) Interessenabwägung	79
(1) Allgemeines	80
(2) Der konkrete Abwägungsvorgang in der Entscheidung „Faxkarte“	80
(a) Der Grad der Wahrscheinlichkeit	81
(b) Die Verfügbarkeit anderweitiger Beweismittel	81

(c) Geheimhaltungsinteressen des Schuldners und Möglichkeiten ihrer verfahrensmäßigen Berücksichtigung .....	82
(d) Stellungnahme .....	83
d) Ergebnisse und Auswirkungen der Interessenabwägung .....	84
III. Inhalt des Anspruchs .....	85
1. Vorlegung einer konkreten Sache zur Besichtigung oder Gestattung der Besichtigung einer konkreten Sache .....	85
2. Inhalt und Umfang der Besichtigung .....	87
a) Allgemeine Begriffsbestimmung .....	87
b) Substanzeingriff und Inbetriebnahme .....	88
(1) „Druckbalken“-Verfahren .....	88
(2) Literaturstimmen .....	89
(a) Begriff der Inaugenscheinnahme gemäß § 371 ZPO .....	89
(b) Bedürfnisse des Informationssuchenden .....	90
(c) Unterscheidung zwischen „Vorlegung“ und „Gestattung“ .....	91
(d) Unterscheidung zwischen Geheimhaltungsinteresse und Integritätsinteresse .....	92
(3) Entscheidung „Faxkarte“ .....	94
(a) Besichtigung auch einer verbundenen Sache .....	95
(b) Integritätsinteresse und Zumutbarkeit .....	95
(c) Interessenabwägung: Integritätsinteresse und Sicherheitsleistung .....	96
(d) Ergebnis .....	97
(4) Stellungnahme .....	97
c) Der Sachverständige .....	98
(1) Funktion .....	99
(2) Pflicht zur Einschaltung eines neutralen Sachverständigen .....	99
(3) Beauftragung .....	100
d) Feststellungen zu äquivalenten Patentverletzungen und unfreien Bearbeitungen im Sinne des Urheberrechts .....	101
(1) Problemstellung .....	101
(2) „Druckbalken“-Verfahren .....	102
(3) Literaturstimmen .....	103
(a) Zustimmungende Stellungnahmen .....	103
(b) Ablehnende Stellungnahmen .....	104
(4) Entscheidung „Faxkarte“ .....	105
(5) Stellungnahme .....	105

IV. Modalitäten der Besichtigung .....	107
1. Ort der Vorlegung .....	108
2. Gefahrtragung und Kosten der Vorlegung zur Besichtigung .....	108
3. Gefahrtragung und Kosten der Gestattung der Besichtigung .....	109
V. Die Möglichkeiten der Durchsetzung des Anspruchs .....	110
1. Die Geltendmachung im Hauptsacheverfahren .....	111
2. Die Geltendmachung als Stufenklage .....	111
3. Die Geltendmachung im einstweiligen Verfahren mit dem Ziel der Befriedigungsverfügung .....	112
a) Durchsetzung des Anspruchs im Wege der Befriedigungsverfügung? ..	113
b) Verbot der Befriedigungsverfügung im Rahmen von §§ 809, 242 BGB .	114
c) Stellungnahme .....	116
4. Die Geltendmachung im „mehrstufigen“ Verfahren .....	116
5. Die Geltendmachung im Wege der „Düsseldorfer Praxis“ .....	117
VI. Die Durchsetzung des Anspruchs im Wege des „mehrstufigen Verfahrens“ ..	118
1. Der einstweilige Rechtsschutz zur Sicherung des Vorlegungs- und Besichtigungsanspruchs .....	118
a) Voraussetzungen des Erlasses einer einstweiligen Verfügung .....	118
(1) Verfügungsantrag .....	118
(2) Verfügungsanspruch .....	119
(3) Verfügungsgrund und besondere Dringlichkeit .....	119
(a) Verfügungsgrund .....	119
(b) Besondere Dringlichkeit .....	120
b) Inhalt der einstweiligen Verfügung .....	120
(1) Sequestration bzw. Duldung der Besichtigung .....	121
(2) Besichtigung durch einen neutralen Sachverständigen und Anfertigung eines Berichts .....	122
(3) Duldung und Mitwirkungshandlungen .....	123
(4) Verwahrung des Sachverständigenberichts bei Gericht .....	124
c) Vollziehung der einstweiligen Verfügung .....	124
(1) Allgemeines .....	124
(2) Richterliche Durchsuchungsanordnung .....	126
(a) Grundsatz .....	126
(b) Entbehrlichkeit wegen „Gefahr im Verzug“? .....	127
(c) Enthält die ergangene einstweilige Verfügung bereits die richterliche Durchsuchungsanordnung? .....	128

(d) Ergebnis .....	129
2. Das Hauptsacheverfahren zur Durchsetzung des Vorlegungs- und Besichtigungsanspruchs .....	130
a) Der Klageantrag .....	130
b) Die Verhandlung über die Tatbestandsvoraussetzungen des § 809 BGB ..	130
c) Zulässigkeit eines beweisrechtlichen „Geheimverfahrens“ nach bisher geltendem Recht? .....	133
(1) Sogenannte „Sachverständigenlösung“ .....	133
(2) Sogenannte „Anwaltslösung“, „counsel-only“-Lösung bzw. „in-camera“-Verfahren .....	134
(3) Stellungnahme und Ergebnis .....	137
d) Das Ergebnis des Hauptsacheverfahrens .....	140
(1) Freigabe des Berichts an den Kläger .....	140
(2) Fristsetzung zur Erhebung einer Verletzungsklage? .....	141
3. Die Verletzungsklage .....	142
VII. Alternative Vorschläge zur Durchsetzung des Besichtigungsanspruchs: Kombination des selbstständigen Beweisverfahrens nach §§ 485 ff. ZPO mit dem Besichtigungsanspruch nach § 809 BGB – sogenannte „Düsseldorfer Praxis“ .....	143
1. Die so genannte „Düsseldorfer Praxis“ .....	143
2. Stellungnahme und Ergebnis .....	145
VIII. Zusammenfassung der Ergebnisse und Bewertung .....	148

2. Abschnitt

**Prozessuale Instrumente**

150

A. Das Selbstständige Beweisverfahren nach §§ 485–494 a ZPO als vorprozessuales Instrument der Beweissicherung .....	150
I. Einführung .....	150
II. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	151
1. Beweisverfahren nach § 485 Abs. 1 ZPO .....	151
2. Beweisverfahren nach § 485 Abs. 2 ZPO .....	152
III. Verfahren und Durchführung der Beweisaufnahme .....	153
1. Der Antrag und seine Bestimmtheit .....	153
a) Allgemeines .....	153
b) § 487 Nr. 2 ZPO und das Ausforschungsverbot .....	154
(1) Meinungsstand .....	154

(2) Übertragung auf den konkreten Fall .....	156
2. Verfahrensablauf, rechtliches Gehör und Ladung .....	157
a) Der Beweisbeschluss .....	157
b) Die Ladung des Antraggegners .....	159
3. Die Durchführung der Beweisaufnahme .....	162
a) Allgemeines .....	162
b) Die fehlende Erzwingbarkeit von Maßnahmen nach §§ 485 ff. ZPO gegenüber der gegnerischen Partei .....	162
(1) Die Auswirkungen der §§ 492 Abs. 1, 371, 144 ZPO .....	162
(2) Die Auswirkungen materieller Pflichten .....	164
(3) Ergebnis .....	165
c) Verfahrensende und Verwendbarkeit im Hauptprozess .....	165
IV. Zusammenfassung der Ergebnisse und Bewertung .....	165
<b>B. Allgemeine Regeln und Lehren der Beweisbeschaffung und -erhebung im laufenden Zivilprozess .....</b>	<b>167</b>
I. Substantiiertes Bestreiten und „sekundäre Behauptungslast“ .....	168
1. Allgemeines .....	168
2. Entscheidung „Blasenfreie Gummibahn II“ .....	169
3. Der Vorschlag von Mes .....	171
4. Stellungnahme .....	172
II. Die fehlende Erzwingbarkeit der Beweisaufnahme und die Grundsätze der Beweisvereitelung .....	175
III. Die Lehre von einer allgemeinen prozessualen Aufklärungspflicht der Parteien und deren Mitwirkungspflicht bei der Stoffsammlung .....	178
1. Hintergrund der Entstehung der Lehre: Wahrnehmung einer zunehmenden Rechtsfortbildung vor allem im Bereich materieller Informationsbeschaffungsansprüche bei gleichzeitigem formalem Festhalten am „nemo-tenetur-edere-contrase“-Grundsatz .....	178
a) Einführung .....	178
b) Rechtsfortbildungen .....	179
(1) Materielles Recht .....	179
(2) Prozessrecht .....	181
2. Die Lehre von einer allgemeinen prozessualen Aufklärungspflicht der Parteien .....	183
a) Die ersten Vertreter einer prozessualen Aufklärungspflicht .....	184

b) Die Stürner'sche Lehre von einer allgemeinen prozessualen Aufklärungspflicht der Parteien .....	185
c) Meinungsstreit .....	187
(1) Literatur .....	187
(2) Rechtsprechung .....	190
(3) Neuere Entwicklungen .....	191
3. Stellungnahme .....	194
a) Allgemeines .....	194
b) Folgerungen für das Immaterialgüterrecht .....	196
IV. Beweislastumkehr bei Verfahrenspatenten .....	198
C. Die Pflicht des Prozessgegners zur Vorlegung von Urkunden nach §§ 421 ff. ZPO .	199
D. Die amtswegige richterliche Anordnung der Vorlegung von Unterlagen und Augenscheinsgegenständen und der Duldung ihrer Inaugenscheinnahme und Begutachtung nach §§ 142, 144 ZPO .....	199
I. Zielsetzung .....	200
II. Voraussetzungen einer Anordnung .....	203
1. § 142 ZPO .....	203
a) Gegenstand der Anordnung .....	203
b) Besitz .....	203
c) Bezugnahme durch „eine“ Partei .....	204
(1) Bezugnahme .....	204
(2) Die Bezug nehmende Partei .....	207
d) Sonstige Voraussetzungen .....	207
2. § 144 ZPO .....	207
a) Gegenstand der Anordnung und Besitz .....	207
b) Sonstige Voraussetzungen .....	208
III. Die Rechtsfolgen einer Anordnung .....	209
1. § 142 ZPO .....	209
a) Gerichtliches Ermessen .....	209
(1) Im Rahmen einer Anordnung von Amts wegen .....	210
(a) Entscheidungsfindung .....	210
(b) Geheimnisschutz .....	211
(c) Sonstige Erwägungen .....	213

(2) Gebundene Entscheidung bei Parteienantrag auf Vorlegungsanordnung gegenüber einem Dritten .....	213
b) Der Anordnungsadressat .....	214
(1) Anordnungen gegenüber der Bezug nehmenden Partei .....	214
(2) Anordnungen gegenüber der nicht Bezug nehmenden Partei (Prozessgegner) .....	214
(a) Meinungsstand .....	214
(b) Stellungnahme .....	215
(3) Anordnungen gegenüber einem Dritten .....	217
2. § 144 ZPO .....	219
a) Art der Anordnungen .....	219
(1) Allgemeines .....	219
(2) Schutz der „Wohnung“ .....	220
(3) Stellungnahme .....	220
(4) Die alternative Lösung über § 371 Abs. 1 S. 1, Abs. 3 ZPO .....	221
(5) Ergebnis .....	222
(6) Besonderheiten bei der Übermittlung elektronischer Dokumente .....	223
b) Gerichtliches Ermessen .....	223
(1) Im Rahmen einer Anordnung von Amts wegen .....	223
(2) Gebundene Entscheidung bei Parteienantrag auf eine Anordnung nach §§ 371 Abs. 2 S. 1, 144 ZPO gegenüber einem Dritten und gegenüber der Partei? .....	225
(a) Die Anordnungen gegenüber dem Dritten nach § 371 Abs. 2 ZPO .....	229
(b) Die Anordnungen gegenüber der Partei nach § 371 Abs. 2 ZPO .....	229
c) Der Anordnungsadressat .....	231
IV. Verfahren und Durchsetzbarkeit .....	232
1. Verfahren .....	232
2. Durchsetzbarkeit .....	232
a) Gegenüber einer Partei .....	232
(1) Die Wirkung der §§ 371 Abs. 3, 427 S. 2 ZPO analog .....	232
(2) Abweichende Auffassungen .....	233
(3) Ergebnis .....	234
b) Gegenüber einem Dritten .....	235
V. Zusammenfassung der Ergebnisse und Bewertung .....	235
1. Die nicht-beweisbelastete Partei als Adressat und die prozessuale Herleitung .....	235
2. Keine Informations- oder Beweisermittlung .....	236



3. Schutz der Geheimnis- und Privatsphäre .....	238
4. Ermessensentscheidung und fehlende Durchsetzbarkeit .....	239
E. Fazit zur Informationsbeschaffung nach bisher geltendem deutschen Recht: „Ausforschungsverbot statt Geheimverfahren“ .....	240

## 2. Teil

### **Die EG-Richtlinie 2004/48/EG zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums** 247

A. Einführung .....	247
I. Allgemeines .....	247
II. Die Auslegung von Gemeinschaftsrecht, insbesondere der Richtlinien .....	249
III. Die Umsetzung von Richtlinien .....	251
B. Auslegungskriterien .....	251
I. Die Entstehungsgeschichte der Richtlinie und ihr endgültiger Wortlaut .....	252
1. Die Entstehungsgeschichte der Richtlinie im Allgemeinen und einzelner Artikel im Besonderen .....	252
2. Stellungnahme .....	256
3. Der Wortlaut wesentlicher Bestimmungen des Beweisrechts .....	257
II. Zielsetzung und Regelungsanliegen .....	259
1. Bekämpfung der Produktpiraterie sowie umfassende und horizontale Harmonisierung der Rechtsdurchsetzungsregeln .....	259
2. „TRIPs-Plus“-Ansatz .....	259
a) Das TRIPs-Übereinkommen, seine Rechtsnatur und die Frage der unmittelbaren Anwendbarkeit .....	259
b) Einschlägige Regelungen der Rechtsdurchsetzung im TRIPs-Übereinkommen .....	262
(1) Art. 41 TRIPs .....	263
(2) Art. 42 TRIPs .....	264
(3) Art. 43 TRIPs .....	264
(a) Wortlaut .....	264
(b) Schlussfolgerungen .....	264
(4) Art. 50 TRIPs .....	266
(a) Wortlaut .....	266
(b) Schlussfolgerungen .....	266
c) Umsetzungsstand .....	268

d) Regelungsanliegen des Richtliniengebers: „TRIPs-Plus“-Ansatz und Folgerungen für das Verständnis der Durchsetzungs-Richtlinie	269
3. „Best-Practice“-Ansatz	270
a) „Anton-Piller-order“/„search order“	271
(1) Grundlagen	271
(2) Antrag und formelle Voraussetzungen: Insbesondere die Anforderungen an die Bezeichnung der Beweisstücke	273
(3) Materielle Voraussetzungen: Insbesondere die Anforderungen an den Tatsachenvortrag	275
(4) Inhalt der Anordnung und Durchführung der „search order“	277
(5) Durchsetzung der search order	280
(6) Behandlung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	281
(7) Anhörung zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit und Schadensersatz	282
(8) Klageerhebung in der Hauptsache	282
(9) Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse	283
b) Saisie-contrefaçon	287
(1) Grundlagen	287
(2) Antrag und formelle Voraussetzungen: Insbesondere die Anforderungen an die Bezeichnung der Beweisstücke	288
(3) Materielle Voraussetzungen: Insbesondere die Anforderungen an den Tatsachenvortrag	289
(4) Inhalt der Anordnung und Durchführung der saisie	290
(5) Durchsetzung der saisie	295
(6) Behandlung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	295
(7) Klage wegen missbräuchlicher „saisie“	299
(8) Klageerhebung in der Hauptsache	300
(9) Zusammenfassung und Bewertung der Ergebnisse	300
c) Die „Best-Practice“-Maßnahmen und Folgerungen für das Verständnis der Durchsetzungs-Richtlinie	304
C. Die einzelnen Regelungen der Richtlinie	307
I. Gegenstand und Anwendungsbereich	307
1. „Rechte des geistigen Eigentums“ – sachlicher Anwendungsbereich	307
2. „Jede Verletzung“ – persönlicher Anwendungsbereich	310
II. Allgemeine Anforderungen an die Maßnahmen und Verfahren zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums	312
1. Allgemeines	312
2. Wirksamkeit	313

3. Verhältnismäßigkeit .....	315
III. Die Beweismittelbeschaffung nach Art. 6 und Art. 7 RL .....	317
1. Verhältnis der Art. 6 und Art. 7 RL .....	317
2. Die Beweiserlangung nach Art. 6 Absatz 1 Satz 1 RL .....	319
a) Tatbestandsvoraussetzungen .....	319
(1) Grundsätzliches .....	319
(2) Anforderungen an den Tatsachenvortrag .....	320
(a) Darlegung des Verletzungsgeschehens .....	320
(b) Vorlage vernünftigerweise verfügbarer Beweismittel: Wahrscheinlichmachung? .....	322
(3) Anforderungen an die Bezeichnung der Beweisstücke .....	323
(4) Geheimnisschutz .....	325
b) Rechtsfolge .....	326
(1) Ermessen oder gebundene Entscheidung? .....	326
(2) Inhalt der Vorlageanordnung .....	327
c) Durchsetzung der Vorlageanordnung .....	328
d) Zusammenfassung und Bewertung .....	330
3. Die Beweiserleichterung nach Art. 6 Absatz 1 Satz 2 RL .....	331
4. Die Beweiserlangung nach Art. 6 Absatz 2 RL .....	332
a) Tatbestandsvoraussetzungen .....	332
b) Rechtsfolge .....	334
5. Die Beweisermittlung nach Art. 7 RL .....	335
a) Tatbestandsvoraussetzungen .....	335
(1) Grundsätzliches .....	335
(2) Anforderungen an den Tatsachenvortrag .....	336
(a) Darlegung des Verletzungsgeschehens .....	336
(b) Vorlage vernünftigerweise verfügbarer Beweismittel in Bezug auf eine behauptete Verletzung: Plausibelmachung .....	338
(3) Sinn und Zweck der Maßnahme nach Art. 7 Abs. 1 RL: Beweisermittlung oder Beweissicherung? .....	347
(4) Anforderungen an eine Bezugnahme zur Eingrenzung zu ermittelnder Beweisstücke .....	352
(5) Geheimnisschutz .....	354
b) Rechtsfolge .....	355
(1) Ermessen oder gebundene Entscheidung? .....	355
(2) Inhalt der Beweisermittlungsmaßnahme .....	356

c) Durchsetzung der Beweisermittlungsmaßnahme . . . . .	358
d) Verfahren und verfahrensmäßiger Geheimnisschutz . . . . .	359
(1) Anforderungen an das Verfahren . . . . .	359
(2) Mögliches Verfahren zur Anwendung des Art. 7 RL . . . . .	360
(3) Verfahrensmäßiger Geheimnisschutz: Insbesondere die Verhandlung über Ermittlungsergebnis und Schutzrechtsverletzung unter Ausschluss der Naturalpartei in Anwesenheit zur Verschwiegenheit verpflichteter Prozessvertreter . . . . .	365
e) Weitere Sicherungen zugunsten des Adressaten . . . . .	369
(1) Stellung einer Sicherheit . . . . .	369
(2) Frist zur Erhebung der Verletzungsklage . . . . .	370
(3) Schadensersatzanspruch . . . . .	371
f) Zusammenfassung und Bewertung . . . . .	373

### 3. Teil

#### **Umsetzungsbedarf, Umsetzungsmöglichkeiten und die konkrete Umsetzung durch das Umsetzungsgesetz** 377

A. Umsetzungsbedarf . . . . .	377
I. Zuordnung der Maßnahmen nach Art. 6 und 7 RL zu den bestehenden Instituten nach bisherigem deutschem Recht . . . . .	377
1. Art. 6 Abs. 1 S. 1 RL . . . . .	377
2. Art. 6 Abs. 1 S. 2 RL . . . . .	377
3. Art. 6 Abs. 2 RL . . . . .	378
4. Art. 7 RL . . . . .	378
II. Umsetzungsbedarf der Art. 6 und 7 RL im Vergleich mit dem bisher geltenden deutschen Recht . . . . .	379
1. Art. 6 Abs. 1 S. 1 und Abs. 2 RL im Vergleich mit den §§ 142, 144 ZPO . . . . .	379
a) Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .	379
(1) Vergleich . . . . .	379
(2) Entscheidung „Restschadstoffentfernung“ . . . . .	380
b) Rechtsfolge . . . . .	384
c) Fazit . . . . .	385
2. Art. 7 RL im Vergleich mit den §§ 809, 242 BGB, 935 ff. ZPO . . . . .	385
a) Tatbestandsvoraussetzungen . . . . .	385
b) Rechtsfolge . . . . .	387

c) Verfahren .....	388
d) Fazit: Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels .....	392
B. Umsetzungsmöglichkeiten .....	393
I. Prozessualer oder materieller Lösungsansatz? .....	393
II. Regelungsort .....	396
C. Umsetzungsgesetz .....	397
I. Regelungsort und Lösungsansatz .....	397
1. Umsetzungsgesetz .....	397
2. Kritik .....	398
II. Die Regelungen nach §§ 140 c, 140 d PatG .....	398
1. Wortlaut .....	399
a) § 140 c PatG .....	399
b) § 140 d .....	399
2. § 140 c PatG .....	400
a) Grundsätzliches .....	400
b) Tatbestandsvoraussetzungen .....	402
(1) § 140 c Abs. 1 S. 1 PatG .....	402
(2) Kritik .....	405
(3) § 140 c Abs. 1 S. 2 PatG .....	406
(4) Kritik .....	406
(5) § 140 c Abs. 2 PatG .....	407
(6) Kritik .....	408
c) Rechtsfolgen .....	408
(1) § 140 c Abs. 1 S. 1 und 2 PatG .....	408
(2) Kritik .....	411
d) Verfahren und Geheimnisschutz .....	411
(1) § 140 c Abs. 3 PatG .....	411
(2) Kritik .....	413
(3) § 140 c Abs. 1 S. 3, Abs. 3 S. 2 PatG .....	414
(4) Kritik .....	419
e) Weitere Sicherungen zugunsten des Adressaten .....	419
(1) § 140 c Abs. 4 PatG .....	419
(2) § 140 c Abs. 5 PatG .....	420
(3) Kritik .....	420

3. § 140 d PatG .....	421
III. Fazit .....	421
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>423</b>
<b>Sachwortverzeichnis .....</b>	<b>439</b>